

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: A-10-59/2021

Aktenzeichen:

Amt: Ordnung, Soziales, Personal,
Organisation
Datum: 19.02.2021
Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

☒

nicht öffentl. Sitzung

Betreff: Antrag Stellenerhöhung Amt Brück / Schaffung Stelle eines
Klimaschutzbeauftragten (m/w/d) - (Antrag von Amtsausschussmitglieder M. Baitz und A.
Kreibich)

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Ja

Gesamtkosten:

**35.100,00 in 2021 (7
Monate) €**

Jährliche Folgekosten:

€

Finanzierung
Eigenanteil:
12.285,00 in 2021 €
Objektbezogene
Einnahmen:

€

Haushaltsbelastung:

€

Veranschlagung:

Ja

mit

451.800,00 €

Produktkonto:

**11110/501200/502200
/503200**

FinanzH:

2021

ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
HHA	1	22.03.2021					
AmtsA	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender des AA

Beschluss-Nr.: A-10-59/2021

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Der Amtsausschuss des Amtes Brück beschließt gemäß § 10 Abs. 2 Hauptsatzung des Amtes Brück die Stellenplanerhöhung des Amtes Brück von 49,9 VbE auf 50,9 VbE zur Schaffung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten (m/w/d).

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender des AA

Begründung

siehe Antrag der Amtsausschussmitglieder A. Kreibich und M. Baitz

Hinweise der Verwaltung

Aufgrund der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld „Kommunalrichtlinie“ vom 22.07.2020 besteht die Möglichkeit zur Schaffung einer förderfähigen Stelle eines Klimaschutzbeauftragten/ Klimaschutzmanagers (m/w/d).

Es können 65 % der Sach- und Personalausgaben für Fachpersonal, dass im Rahmen des Vorhabens zusätzlich beschäftigt wird, sowie Vergütungen für den Einsatz fachkundiger externer Dienstleister gefördert werden. Die Antragsbearbeitung nimmt ca. 2-5 Monate beim Projektträger Jülich in Anspruch.

Die Berechnung der Personalkosten bezieht sich in 2021 auf die Besetzung der Stelle ab 1. Juni 2021 in der Entgeltgruppe 10 Stufe 2.

Vorbehaltlich der Förderzusage i.H.v. 65 % belaufen sich die Personalkosten in 2021 (7 Monate) auf: 12.285,00 €.

Wird der Förderantrag bis 1. August 2021 gestellt, erfolgt eine Förderung der Personalkosten in Höhe von 75 %. In diesem Fall belaufen sich die Personalkosten auf 8.775,00 €.

Die benötigten Finanzmittel könnten aus Einsparungen aus der Stelle SGL Ordnung und Soziales (Einsparung w/ Elternzeit) oder auch aus Mittelübertragungen aus 2020 (Einsparungen) gedeckt werden und würden in 2022 in die Planung der Personalkosten Büro AD einfließen.

Der Stellenplan wird nach Beschlussfassung angepasst.